

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direktem Postbezug monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate sollen die achtgepalt. Nonpareilgröße oder deren Raum 1,20 Mf. Wert anzeigen. Das letzte Wort 60 Pl., jedes weitere Wort 25 Pl. Erziehungsaufschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Veranlassungszugriffen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verhinderte Friedensmöglichkeiten.

Die Schuldigen vor dem Untersuchungsausschuß.

Ein neues Bild im politischen Leben Deutschlands: ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß tagt öffentlich, und zwar ist es einer, der Fragen von ungeheurer Wichtigkeit der Lösung und Aufklärung näherbringen soll.

Es handelt sich heute um einen Untersuchungsausschuß der Untersuchungskommission zur Feststellung der Kriegsschuld, und zwar um den, der die Friedensmöglichkeiten während des Krieges prüfen soll. Er tagt im Sitzungssaal I des Reichstagsgebäudes.

Die Öffentlichkeit freilich ist eine beschränkte. Publikum im eigentlichen Sinne ist kaum vorhanden, denn der Zutritt zu den Verhandlungen ist nur gegen Karten möglich, und mit den Karten ist man sehr sparsam umgegangen. Sehr zahlreich aber ist die Presse vertreten, die inländische sowohl, wie die ausländische. Daneben außer der Untersuchungskommission viele Mitglieder der Nationalversammlung und ein Tisch voll Sachverständiger, von denen zunächst Prof. Voyn und Prof. Dietrich Schäfer vom Vorsitzenden verabschiedet werden.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, antreten sei und später vernommen werde. Er bittet die Presse, möglichst keine voreiligen Urteile zu fällen und erteilt dann dem Abg. Sinzheimer (S. P. D.) das Wort zu seinem Referat über die Friedensmöglichkeiten, die durch das Eingreifen Wilsons geboten waren.

Das Referat dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen. Vorweg genommen sei aus ihm eine sehr wichtige Mitteilung, nämlich die, daß am 18. Dezember 1916 Deutschland durch eine neutrale Macht darüber unterrichtet wurde, daß eine Friedensaktion Wilsons bevorstehe. Die neutrale Macht fügt hinzu, die Entente sei nicht abgeneigt, auf den Boden des Angebots zu treten, wenn Deutschland erkläre, Belgien wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen. Deutschland aber beantwortete Wilsons Note ausweichend.

Der amtliche Sitzungsbericht.

Berlin, 21. Oktober.

Im Sitzungssaal I des Reichstagsgebäudes trat heute früh 10 1/2 Uhr der 2. Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschußes, der sich mit den Friedensmöglichkeiten zu beschäftigen hatte, zu einer ersten öffentlichen Sitzung zusammen.

Den Vorsitz führt der deutsch-nationale Abg. Warmuth. Vor 10 Uhr waren der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg, der Botschafter a. D. Geislerich und der Botschafter a. D. Graf Bernstorff im Saal erschienen. Auch zahlreiche Abgeordnete aller Parteien hatten sich eingefunden. Für das Publikum standen etwa 75 Plätze zur Verfügung. Für die Presse waren ungefähr 25 Plätze vorgesehen. Neben den deutschen Botschaftern waren auch die größten ausländischen Blätter vertreten. Als Sachverständige waren geladen Professor Dr. Bonn-Mündgen, Professor Kochsch und Professor Dr. Dietrich Schäfer.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einigen einleitenden Worten über die Aufgabe des Ausschusses, die Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten zu Friedensbedingungen mit dem Feinde. In erster Reihe habe der Untersuchungsausschuß die Vermittlungskaktion Wilsons aufzuklären. Zum Schluß richtete er allgemein die Bitte an die Presse, in ihrem Urteil eine gewisse Zurückhaltung anzuwenden zu wollen, bis die Beweisaufnahme bei einem jeden Beweispunkte voll erschöpft sei.

Die deutschen Lügen über das Baltikum.

Kopenhagen, 19. Oktober.

Katzenberg meldet von der Nigraer Front: Ministerpräsident Ulfmanis erklärt offiziell: Laut Zeugenaussagen der Gefangenen des deutschen Reichswillkürkorps Niedhof wurden die Mannschaften am 4. Oktober angeworben. Andere Gefangene der weitergenannten Bataillone sagen aus: Das österreichische Bataillon Eubelenland und das bayerische Bataillon Bertsch waren schon im September nach Kurland gekommen. Soweit ist die deutsche Lüge von der Grenzsperrung für Truppen, die nach Kurland gehen, auch durch Tatsachen widerlegt.

Katzenberg meldet ferner: Auf das Waffenstillstandsangebot Bernstorff hat der Oberkommandierenden der litauischen Truppen am 15. Oktober geantwortet, daß die litauische Armee den ihr mit Gewalt aufgedrängten Kampf solange fort-

setzen wird, bis die verräterischen feindlichen Truppen das litauische Territorium verlassen haben würden.

Unter den Gefangenen bei der Einnahme von Dünaburg befanden sich auch Russen; sie erklärten: die Deutschen, die Bernstorff folgten, haben und betrogen: wir wußten nicht vom Befehl des Generals Judenitsch, welcher lautet, daß die Russen aus Kurland über See an die Petrograder Front gehen müssen, auch haben wir nicht gewußt, daß Judenitsch Bernstorff als Verräter erklärt hat. Die gefangenen genommenen russischen Offiziere behaupten, alle Klassen wären zu den Letzten übergegangen, wenn sie die wahre Sachlage gekannt hätten. Die Deutschen trauen den Russen nicht; sie schießen zwischen ihre Abteilungen deutsche Soldaten mit Maschinengewehren ein.

Das amerikanische Rote Kreuz in Riga widerlegt kategorisch die Verleumdungen, die durch das deutsche Radio Nauen verbreitet wurden, die Letten in Torenberg hätten die deutsch-russischen Gefangenen getötet und bestialisch verstümmelt. Die Amerikaner hätten solches photographiert.

Gegen die Blockade Sowjet-Rußlands.

Christiania, 20. Oktober.

Der Zentral-Ausschuß der norwegischen Arbeiterpartei veröffentlichte heute einen Aufruf, in dem die Parteigenossen des ganzen Landes aufgefordert werden, am 7., 8. und 9. November Kundgebungen gegen die Blockade des Entente betreffend eine Blockade Sowjet-Rußlands zu veranstalten.

Stockholm, 21. Oktober.

In Stockholm protestierten am Sonntag über 10 000 Arbeiter in einer großen Demonstration gegen die Blockade Rußlands und die Intervention der Alliierten.

Keine Einnahme Kronstadts.

Helsingfors, 20. Oktober. (Reuters.)

Heute morgen wehte noch die rote Fahne über Kronstadt. Die Batterien von Krasnaja Gorka haben die Nacht hindurch geschossen.

Entsendung Mangius nach dem Baltikum.

T.U. Basel, 21. Oktober.

Es bestätigt sich, daß General Mangin mit der Durchführung der Räumung der baltischen Provinzen durch die Deutschen beauftragt ist. General Mangin wird Paris diese Woche verlassen und in Berlin vorübergehenden Aufenthalt nehmen.

Keine Aussicht auf das gute Geschäft.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Helsingfors gemeldet:

Die finnische Valuta erleidet in den letzten Tagen einen starken Niedergang, so daß die finnische Bank ihre Notierungen einstellte. Als Grund des Valulafalles gelten ungeheure Rubelkäufe, die durch die Hoffnung auf eine baldige Eröffnung Rußlands veranlaßt werden. Der Rubelkurs liegt innerhalb der letzten Tage um das Doppelte.

Daraus ist ersichtlich, was die Kapitalisten aus dem Fall Sowjet-Rußlands erwarten.

Die amerikanischen Streiks.

Washington, 21. Oktober.

Im der Streiklage hat sich noch nichts verändert. Die Hafenarbeiter befinden sich nach wie vor im Ausstand und der vom Arbeitsminister eingesetzte Schlichtungsausschuß hat auch noch keine Lösung des Konfliktes herbeiführen können. Es sind nun 500 Soldaten nach dem New Yorker Hafen entsandt worden, die zunächst einmal die Lagerhäuser bewachen sollen. Weitere Truppen in größerer Stärke werden die Lösch- und Ladearbeiten vorzunehmen.

New York, 21. Oktober.

Der Stahlarbeiterstreik dauert nun schon vier Wochen. Die Arbeitgeber erklären, daß ihnen der Sieg sicher sei. Andererseits wird aber wieder von Seiten der streikenden Arbeiter betont, daß die Stahlzeugung nur 10 Prozent der normalen Erzeugung beträgt, so daß die Arbeitslosen den Streik unmöglich noch lange durchzuführen können.

Rotterdam, 20. Oktober.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß der Versuch des amerikanischen Anwaltsgenerals Wilson, einen Vergleich zwischen den Kohlenbergwerkbesitzern und den Kohlenarbeitern herbeizuführen, gescheitert ist.

Bedarfsgüterversorgung und Konsumgenossenschaften.

B. Z. Die Bedarfsgütererzeugung und Verteilung schreit nach Ordnung. Es herrscht „Gründungsieber“ auf diesem Gebiete. Neue Läden und Läden werden tagtäglich in der Lebensmittelbranche eröffnet. Trotzdem große Warenknappheit herrscht, ernähren alle diese Unternehmen doch ihren Mann. Die Kosten dieser Warenverteilung werden auf die Verbraucher abgewälzt, nicht immer klar erkennbar an hohen Preisen, meist in versteckter Form — mindestens Gewicht oder Güte. Aber die Hauptfrage, der Warenmangel, ermöglicht die Existenz so vieler Kleingeschäfte und es wird jeder geforderte Preis bezahlt, wenn nur Ware zu erhalten ist. Dazu kommt noch, daß diese Geschäfte meist von Familienangehörigen besetzt werden. Der Haushaltungsvorstand geht keinem Versuch nach und hilft nach Feierabend mit im Geschäft oder fällt der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge zur Last. Diese Verhältnisse sind nicht geeignet, unter Wirtschaftsleben gesunden zu lassen.

Und gerade auf diesem Gebiete sind zur Vergeffentlichung die besten organisatorischen Vorbildungen gegeben. Gestützt auf die Konsumgenossenschaften, kann und muß die Sozialisierung der Bedarfsgüterwirtschaft erfolgen.

Die bestehende staatlich-bureaucratische Zwangswirtschaft muß in die sozialistisch-genossenschaftliche überführt und die Konsumgenossenschaften zu deren Trägern gemacht werden. Und diese Ueberführung kann geschehen, ohne daß Erschütterungen irgendwelcher Art zu befürchten sind. In einigen Kommunalverbänden sind diese Aufgaben der Zwangswirtschaft den bestehenden Konsumgenossenschaften übertragen. Dort sind Schiebungen ausgesprochen. Im Privathandel nicht. Aber die Hauptsache. Es ist damit der Anfang gemacht, die Aufgaben des wichtigsten Zweiges der Volkswirtschaft sich selbstverwaltenden Wirtschaftskörpern zu übertragen. Mit dieser Umorganisation muß auch zur Einschränkung der vielen Kleinbetriebe auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, natürlich Bäckerei und Fleischerel eingeschlossen, bestimmt werden, daß zur Verteilung von zwangsverwalteten Waren nur solche Geschäfte zugelassen werden, die zur Erleichterung der damit verbundenen Arbeiten eine volle männliche Arbeitskraft brauchen und haben. Damit verdrängen die mimosenhaften Läden.

Die Einrichtung von kommunalen Bäckereien und Schlächtereien soll nicht bloß gefordert, sondern muß durchgeführt werden, und damit sind die Konsumgenossenschaften zu betreiben, denen dazu natürlich öffentliche Geldmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Konsumgenossenschaft muß im kommunalen Wirtschaftsgebiet der Träger der Bedarfsgüterversorgungswirtschaft werden. Zur Uebernahme dieser großen Aufgaben müssen die Konsumgenossenschaften ihre betriebs- und verwaltungstechnische Organisation tiefer gründen und breiter spannen.

Mit der Durchführung dieser Vorschläge wird die Bedarfsgüterversorgung nicht sozialisiert, aber sie grundlegend und sicher dafür vorbereitet. Nicht zudem noch, wird damit das ganze Heer der Wucherer, Schieber und Schmoröcher kaltgestellt, eine richtige Verteilung der vorhandenen Waren ermöglicht. Mit der Weiterentwicklung der Konsumgenossenschaften als öffentliche Körperschaften, aber unter Beeinflussung von der staatlichen Bureaucratie, wird die Konsumgenossenschaftliche Eigenentwicklung aufgespart ist, aufgehoben. Sachlich und persönlich würden diese Gebilde dann in den Genossenschaftsbetrieb überführt.

Die Organisation dieser Konsumgenossenschaften würde sich so herausbilden, daß alle Verbraucher Mitglieder derselben sind und nach Maßgabe ihrer Warenentnahme Anspruch an der Einbringung haben. Die Verwaltung dieser Konsumgenossenschaften müßte sich zusammensetzen aus einem Drittel Vertretern der Mitglieder, einem Drittel Vertretern der in den Betrieben der Konsumgenossenschaft Beschäftigten (Betriebsrat), und einem Drittel von Vertretern der öffentlichen Gewalten. Damit wäre die Sicherheit gegen einseitige Interessenswirtschaft geboten. Die Konsumgenossenschaften müssen von der sozialistischen Arbeiterkraft als Sozialisierungswerkzeuge benutzt werden. Dazu ist die Beteiligung an ihnen als Mitglied und Verbraucher notwendig.

Die Konsumgenossenschaften bedeuten in ihrer Auswirkung angewandten Sozialismus. Ihre Wirtschaft ist frei von Kapitalprofit und ist gegründet auf den organisierten Verbrauch von Bedarfsgütern; ihr Betrieb ist technisch rationell

Kräfte sparend, maschinenwendend; ihre Organisation beruht auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung; die Mitglieder bestimmen über alles, und jedes Mitglied ist gleichberechtigt; ihre Tätigkeit ist planmäßige Verfertigung von Bedarfsgegenständen. Heute bedeutet das Festhalten an diesen Grundgedanken eine Riesenaufgabe. Ohne Meinungen geht das nicht ab. Die Anhänger der privatkapitalistischen Bedarfsgegenstanderverfertigung tun im Kleinen und im Großen alles nur Denkbare, um die Konsumgenossenschaften in ihren Entwicklungen aufzuhalten, sie zu lähmen, um die Konsumgenossenschaft und das ganze System bei den Verbrauchern in Mißkredit zu bringen.

Die auf allen anderen öffentlichen Gebieten von den Gegnern des wirklich sozialistischen Fortschrittes mit Schlingensiefeln und Blendwerk, oft sogar mit Verzug gearbeitet wird, so auch hier. Es gibt keine sozialdemokratische Bedarfsgegenstanderverfertigung, es gibt nur eine privatkapitalistische und eine sozialistische. Und die letztere bereiten die Konsumgenossenschaften vor und führen sie auch durch. Wer heute schon Konsumgenossenschaftler, wer Sozialist ist, der helfe mit Kühner Entschlossenheit und äußerster Folgerung am Aufbau und Ausbau der Konsumgenossenschaftlichen Bedarfsgegenstanderverfertigung.

Die Abstimmung der Leipziger Parteigenossen.

Leipzig, 21. Oktober.

In einer wiederum stark besuchten Versammlung führten die Parteigenossen am Montag die Debatte über die politische Situation und die Internationale zu Ende. Es lagen zwei Resolutionen zur Beschlußfassung vor. Die von der Parteileitung vorgelegte Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung der Parteigenossen von Groß-Leipzig erklärt, festzuhalten an den Grundzügen des Aktionsprogramms. Sie hält die andächtige und entschlossene Anwendung aller Kampfmittel des Proletariats für notwendig. Neben der Propaganda und der Ausföhrung über das Märtyrertum, neben Massenaktionen und Gewerkschaftskampf darf die Ausübung des parlamentarischen Kampfes nicht außer Acht gelassen werden. Die parlamentarischen Kampfmittel sind nur dann zu gebrauchen, wenn sie die Arbeiterklasse zum Kampf für die Fortführung der Revolution zur völligen Befreiung der Arbeiterklasse gewinnen und die Bedingungen für die Diktatur des Proletariats schaffen.“

In Erkenntnis der Notwendigkeit, die Verbrüderung mit dem revolutionären Proletariat der Weltländer, in denen der Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus geschlagen werden wird, aufrecht zu erhalten, und den russischen Genossen durch die Einwirkung auf die sozialistischen Parteien der Entente möglichst wirksame Hilfe zu leisten, erklärt es die Versammlung für notwendig, den internationalen Kongreß von Genf zu beschließen, um dort gegen die Reformsozialisten von Deutschland und des Auslandes den Kampf aufzunehmen und die Grundlage zu einer Internationale des revolutionären Proletariats der Welt zu schaffen.“

Die Resolution Böttcher-Weyer hatte folgenden Wortlaut:

„Die am 10. Oktober in Leipzig in Sandowici tagende Parteimitglieder-Versammlung erklärt, daß sie die zweite Internationale nicht mehr als ein Instrument des internationalen Klassenkampfes betrachtet. Im Bunde mit den Reformsozialisten und Sozialverrättern aus allen Ländern kann keine internationale Kampforganisation geschaffen werden.“

Die Parteimitglieder-Versammlung erklärt sich daher für das sofortige Ausscheiden der R. S. P. aus der zweiten Internationale und für die Nichtbescheidung der Genfer Konferenz.

Um eine Verschärfung des internationalen Zusammenhanges der revolutionären Parteien der einzelnen Länder zu vermitteln, spricht sie sich für die Beteiligung an der dritten Internationale aus.“

Die Slavensbataillone.

Es gibt kein Verbrechen, das nicht im größten und schrecklichsten aller Kriege begangen worden ist, und es gibt keine Schande, die der preußische Militarismus nicht auf sein Haupt gehäuft hat.

Die Errichtung der Zivil-Arbeiter-Bataillone wird als ein ewiger Schandfleck des alten Deutschlands in der Weltgeschichte fortleben, denn sie war nicht anderes als die Wiedererrichtung der Sklaverei in allerhöchster Form.

Der preußische Militarismus hatte von Kriegsbeginn an die französischen und belgischen Proletariats im besetzten Gebiet zur Zwangsarbeit gezwungen, vornehmlich in den Ortschaften hinter der Front, im sogenannten Kampf- und Operationsgebiet.

Im Herbst 1916 wurde diese Zwangsarbeit feindseliger Bürger in preussischer Weise organisiert und zentralisiert, indem auf Befehl Ludendorffs die „Zivil-Arbeiter-Bataillone“ eingerichtet wurden.

Die Stappen-Kommandantur Genf erhielt eines Tages den Befehl, sofort das „Zivil-Arbeiter-Bataillon Nr. 4“ aufzustellen. Es sollte zu Anfang nur einkaufend Mann stark sein und aus arbeitslosen und unterstützungsbedürftigen Genfer Proletariats zusammengestellt werden, die dann irgendwo hinter der deutschen Westfront als Sklaven unter militärischem Befehl arbeiten mußten.

Die Errichtung dieses Zivil-Arbeiter-Bataillons Nr. 4 ging mit preussischer Schnelligkeit vor sich. Die Stappen-Kommandantur Genf befahl der Stadt unter schwerster Strafanandrohung, ihr sofort eine namentliche Liste aller Genfer Arbeitslosen einzureichen. Sie selbst richtete sofort ein „Arbeitsamt“ ein, das in der Eile untergebracht und der Leitung des Leutnants Gruber unterstellt wurde, und das die Ansuchen hatte, alle Angehörigen zu bearbeiten, die mit der Auffstellung der Zivil-Arbeiter-Bataillone und der Beschaffung ihrer Verpflegung im Zusammenhang standen.

Es fand am 3. Oktober 1916 jedem Genfer Arbeitslosen zwischen 15 und 45 Jahren folgenden Befehl: „Sie müssen sich am 13. Oktober 1916, vormittags 11 Uhr, am Piazar d'evest melden und einen Hut, ein Halbtuch, einen Ring oder Arbeitskleid, ein Paar Schuhe oder Holzschuhe, zwei Hemden, ein Paar Socken, eine Unterhose, eine Leinwand, einen Heberzieher, eine Regenjacke, ein Handtuch, einen Schnaps, einen Kessel, ein Messer, eine Wäsche und zwei Schlabreden mitbringen.“

Die armen Leute, die die Notizen des preussischen Militarismus zur Genüge kennen gelernt hatten, kamen diesem Befehl schmerzlichen Herzens nach. Die Wenigen, die sich gegen ihre Verhaftung in die Sklaverei sträubten, wurden des Nachts durch

Nach lebhaften Kundgebungen, an denen sich unter anderem die Genossen Seger, Bied und Kurt Weyer beteiligten, kam es zur Abstimmung. Die Resolution der Parteileitung erhielt 497, die Resolution Böttcher-Weyer 310 Stimmen. Ferner wurden 24 weiße Zettel abgegeben. 37 Genossen stimmten für den ersten Absatz der Resolution Böttcher in Verbindung mit der Resolution der Parteileitung.

Wer verhängt den Belagerungszustand?

Wir erhalten aus Bayern folgende Zuschrift: „Oben las ich in Nr. 528 des „Vorwärts“ unter dem Titel „Die Kämpfe gegen den Belagerungszustand“ eine Reihe von Behauptungen, die vollkommen unrichtig sind. Also (ich rede nur von Augsburg und München):

1. In Augsburg wurden am 21. 2. tatsächlich die besetzten Verlagsgebäude gestürmt. Inessen ist Augsburg eine Hochburg der Rechtssozialisten; im dortigen Arbeiterrat waren die Unabhängigen stets nur ganz schwach vertreten. Die Leidenschaft gegen die Augsburger bürgerlichen Zeitungen war von den Arbeiterräten gepflegt worden; für den Sturm sind allein die Rechtssozialisten verantwortlich. Uebrigens hat am 22. 2. der rechtssozialistische Arbeiterrat die bürgerlichen Blätter unter Vorzensur gestellt und den Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Es ist unbegreifliche Willkür, diese Vorgänge den Unabhängigen an die Rosschäbe hängen zu wollen.

2. Der Münchener Polizeipräsident war Unabhängiger, gewiß; der Stadtkommandant Oskar Durr war (und ist heute noch) Rechtssozialist. Der Belagerungszustand wurde über München auf Beschluß von Rechtssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten verhängt. Unter der Verordnung steht auch der Name des ehemaligen Landesvolkrenten Paul Simon, eines Rechtssozialisten, der trotz seiner Beteiligung an der Räterepublik und trotzdem er die Rote Armee organisierte, als Referent im Ministerium für soziale Fürsorge berufen worden ist.

3. Alle angeführten Verfügungen des Zentralrats wurden beschlossen von rechtssozialistischen Gewerkschafts- und Parteiführern, Unabhängigen und Kommunisten. Es ist höchst eigenartig, plötzlich die Verantwortung den Unabhängigen zuzuschreiben. Die Vergangenheit der Rechtssozialisten ist durchaus nicht so demokratisch, wie sie heute der Welt glauben zu machen suchen.

Dies zur Feststellung der geschichtlichen Wahrheit.“

Trotz dieses klaren Sachverhalts wird wohl kein Mensch glauben, daß nun der Lügen-Hellmann oder das Streifbroschblatt die Wahrheit sagen oder schreiben werden. Das haben sie sich längst abgewöhnt.

Reichsnotopfer und Entente.

Selbst die geringe Belastung der Vermögen durch das Reichsnotopfer ist dem kapitalistischen Bürgertum unangenehm. Sie führt den Kampf dagegen seit Monaten mit der unwahren und lange widerlegten Behauptung, daß die Entente die Einnahme daraus beschlagnahmen werde. Auf eine Anfrage des Reichsbürgertums hat nun der Finanzminister Erzberger geantwortet:

„Meine vor der Nationalversammlung in Weimar abgegebene Erklärung kann ich nur wiederholen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages der Entente ein Zugriffsrecht auf den Ertrag des Reichsnotopfers nicht zusteht, wenn Deutschland seiner Verpflichtung nachkommt. Zugewendet ist zwar, daß auf den ersten Blick einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages zu der entgegengegesetzten Auffassung führen könnten. Jedoch dürfen diese Bestimmungen nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Eine Prüfung der gesamten diesbezüglichen Vertragsklauseln kann nur zu dem Ergebnis führen, daß das deutsche Volkvermögen und seine Einnahmen durch die betreffenden Bestimmungen mit einer Würgerschaft belastet werden, daß aber das hieraus fließende Zugriffsrecht der Entente so lange nicht ausgeübt werden kann, als Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt. In dieser Auffassung wird das Reichsfinanzministerium durch Gutachten juristischer und wirtschaftspolitischer Sachverständiger bestärkt. Auch alle Kund-

gebungen der Entente, die neben dem Friedensvertrag eintreten, lassen deutlich erkennen, daß die feindlichen Mächte bei Vertragserfüllung einen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte keineswegs beabsichtigen und sich hierzu auch nicht für berechtigt halten.

Nun werden sich die kapitalistischen Steuerdrücker wohl nach einer anderen Ausrede umsehen müssen.

Zusammentritt des britischen Parlaments.

H. N. London, 21. Oktober. Am Mittwoch tritt das britische Parlament zu seiner Herbstsitzung zusammen. Es werden diesmal sehr wichtige Fragen zur Behandlung kommen. Vor allem sollen die im öffentlichen Interesse stehenden Arbeits- und Arbeiterfragen besprochen werden. Auf dem Programm stehen: Die Regelung der Arbeitszeit, der Löhne, die Kontrolle der Steinlohlenindustrie, die irische Frage und die allgemeine Elektrizitätsversorgung des Landes, sowie die Besteuerung der Kriegsgewinne. Hierzu wird wohl gleichzeitig eine Gesetzesvorlage eingebracht werden. Lord George wird in einer großen Rede landwirtschaftliche Fragen behandeln.

Erweiterung des französischen Amnestie-Erlasses.

Paris, 20. Oktober. Genes.

Der Senat genehmigte den Amnestieentwurf und befreite die Amnestie auf Deserteure aus, soweit sich die Fahnenflucht auf nicht mehr als 2 Monate erstreckt.

Nur keine Amnestie.

Die deutschen nationalen Abgeordneten der preussischen Landtag-Versammlung haben eine keine Anfrage eingebracht, ob es richtig sei, daß die Staatsregierung eine allgemeine Amnestie für alle an dem Aufstand in Oberschlesien beteiligten Personen erlassen werde. Unter den deutschen Truppen Oberschlesiens herrsche die größte Erbitterung.

Den Herren Deutschenationalen scheint nicht bekannt zu sein, daß die deutsche Regierung, trotzdem es sicher nicht ihren Wünschen entspricht, in Ausführung des Vertrages mit den Polen eine Amnestie für Oberschlesien erlassen muß. Wenn die Truppen wirklich so erbittert sind, so sollten sie freiwillig aus Oberschlesien zurückzogen werden, denn die Erbitterung unter der oberschlesischen Bevölkerung ist nicht weniger groß.

Der Glühwünsch für die Kaiserin.

In dem Bericht über die gestrige Sitzung der Nationalversammlung ist ein Vortrag zu kurz gekommen, der ein beachtliches Zeichen unserer Zeit darstellt. Die Deutschenationalen Abgeordnete Frau Behm hielt eine Rede über die Lage der Heimarbeiterinnen. Später nahm sie noch einmal das Wort um folgendes vorzubringen:

„Ich will hier der hohen Frau gedenken, die für die von mir vertretenen Heimarbeiterinnen stets ihr großes, warmes Herz geöffnet hat, und deren mit mir die vielen Tausenden von Heimarbeiterinnen jetzt zu ihrem bedauerlichen Geburtstag in dankbarer Anhänglichkeit gedenken: unsere Kaiserin!“

Der Präsident rügte zwar das geschäftsordnungswidrige Gändelstücken, das sich von der Tribüne her wahrnehmen ließ, aber er hatte nichts dagegen einzuwenden, daß die Nationalversammlung der deutschen Republik zu einer monarchistischen Kundgebung benutzt wurde. Selbstverständlich, daß die Deutschenationalen Presse voller Begeisterung diesen Vorgang noch besondere registriert.

Das Befinden des Genossen Hanse.

Genosse Hanse hat die Nacht verhältnismäßig gut verbracht, Körpertemperatur 38 Grad. Es kann eine leichte Besserung im Allgemeinbefinden konstatiert werden.

Militärpolizisten oder Feldgendarmen aus den Betten gerissen und mit Knodenshaken nach der großen Hebel des Grafen Jozef de Gempinne am Piazar d'evest getrieben, wo all die Unglücklichen zusammengesperrt waren, die außer ihrer Arbeitskraft nichts ihr Eigen nannten, was die Preußen „requirieren“ konnten.

Einige hundert Landsturmleute — deutsche Proletariats im Soldatenrock — bewachten ihre slawischen Arbeitsdrüber mit gelobtem Gesehr und ausgespanntem Bajonett. Mandem dieser Männer standen die hellen Tränen in den Augen, und mancher biß sich die Lippen blutig in ohnmächtigen Jörn. Sie hatten nichts zu sagen, sondern nur zu gehorchen und zu schweigen, denn noch war der preussische Militarismus allmächtig.

Aber die Hensernaturen, die sich zum Dienst bei der Feldgendarmarie und Militärpolizei gedrängt hatten, fühlten sich in ihrem Element und mißhandelten die wechsellöfen Opfer des verbrecherischen Militarismus ohne jeden Grund.

Der Abtransport.

Die Straßen von Genf gelien in den Herbsttagen 1916 schreckliche Auszüge. Hunderte von Proletariats zwischen 15 und 45 Jahren, die oft vor Hunger und Entkräftung so schwach waren, daß sie kaum ihre ärmlichen Bündel zu schleppen vermochten, wurden von den zu Pferde sitzenden Feldgendarmen vorwärts getrieben über den Koornmarkt nach dem Piazar d'evest.

Zu beiden Seiten dieser Sklaventransporte marschierten Militärpolizisten mit umgehängtem Revolver und gelobtem Gesehr. Sie lachten die Unglücklichen, die nicht rasch genug gehen konnten, unter wilden Hächeln und Drohungen mit Fußritten und Halbenstößen vorwärts.

Hunderte von Frauen und Mädchen liefen weinend und schluchzend hinter dem traurigen Zuge her, der wie ein Bild aus dem schrecklichsten zaristischen Sibirien amnetete.

Es waren ihre Verlobten, ihre Brüder, ihre Gatten; die Mütter ihrer Kinder, die der preussische Militarismus mit roher Haut von ihnen riß und in die Sklaverei entführte!

Schwächliche Greise und Greisinnen kumpelten tränenlosen Kuges hinterher, um ihren Söhnen das vielleicht letzte Geleit zu geben.

Stämmige Feldgendarmen, die ihre Aderkrafte während des ganzen Krieges nur an der wechsellöfen Bevölkerung in der Stappe benötigten, hielten alle Mütter mit Säbelhieben von ihren unglücklichen Kindern fern!

Nach schrecklicher Egenen spielten sich später am Bahnhaf K a b t ab, auf dem die modernen Sklaven in Güterzüge verladen wurden, die sie an irgendeine unbekannte Stelle hinter der deutschen Westfront brachten. Keiner der deutschen Soldaten, die als stumme Zuschauer dabei waren, wird in seinem Leben die ver-

zweifelt Wehklagen und wilden Schreie und Bittwünschen vergessen, die die Mütter, Schwestern, Bräute und Frauen aufstiegen, als ihre Liebsten wie Schlachtopfer in die Güterwägen gestoben und dort zusammengedrängt wurden, um dann dem traurigsten Schicksal entgegengeführt zu werden, durch das so viele einen schmerzlichen und schrecklichen Tod fanden.

Die Lüge.

Was die ganze zivilisierte Welt zu der unerhörten Barbarei der Zivil-Arbeiter-Bataillone sagt, war dem preussischen Militarismus genau so gleichgültig, wie ihre Meinung über den unbeschränkten Uboorkrieg. Natürlich unterließ er keinen Versuch, um der entsetzlichen Maßnahme den Schimmer einer Berechtigung zu geben, indem er in seiner untertänigen Presse verstanden ließ, daß er durch die Einrichtung der Zivil-Arbeiter-Bataillone die belgischen Gemeinden von den zu Unruhen neigenden Elementen befreien und die öffentlichen Gelder vor zu starker Inanspruchnahme durch die Arbeitslofenunterstützungen schonen wolle.

Als ob er einmal diese zarte Rücksicht genommen hätte, wenn er Gelegenheit hatte, irgendeiner belgischen Gemeinde wegen einer Kleinigkeit eine Kontribution aufzuerlegen. Da mußten die öffentlichen Mittel bis zum letzten Pfennig herhalten, um seinen Ansprüchen zu genügen!

Das Gewissen der Welt vermahnte er mit seiner Lüge nicht einzuschärfen, wohl aber das des gläubigen deutschen Volkes. Es glaubte ja alles, was ihm die „ernste deutsche Presse“ mit Genehmigung seiner verbrecherischen Regierung vorsetzen durfte, aber nur nicht die Greuel, die sein allmächtiger Militarismus im besetzten Gebiet tagtäglich verübte.

Es fehlte auch nicht an belgischen Kapitalisten, die den Preußen nicht groom waren, daß sie ihnen die halberhungerten Proletariats aus den Augen schafften. Sie schloßen über diese Gemeinheit so, als sie selbst an die Reihe kamen.

Der Dienst.

Um einen gewissen Schein von Menschlichkeit zu wahren, wurden die Unglücklichen, die für Einstellung in ein Zivil-Arbeiter-Bataillon bestimmt waren, von einem Militärarzt „untersucht“, ob ihr Körper den schweren Anstrengungen gewachsen war, die der harte Sklavendienst erforderte.

Diese „Untersuchung“ war Komödie. III die Schwachen und unweckernächten Menschen wurden gleich den Soldaten als „kriegsverwendungsfähig“ befunden. Nur ganz Schwerfranke und Schwerverkrüppelte wurden wider noch Hause entlassen.

Die anderen mußten mit den Zivil-Arbeiter-Bataillonen abziehen, die der Militär-Eisenbahn-Direktion unterstellt und hinter der deutschen Front mit Pfählen und Banden untergebracht wurden.

Zurückliegende Drohungen.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ beschäftigt sich mit einem Artikel zum Verhandlungsbericht der Metallarbeiter, der uns aus Metallarbeiterkreisen geschrieben wurde. Der Artikel erklärte in freimütiger Weise, daß ein Erfolg der Opposition auf dem Verhandlungswege den Bruch mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Austritt des Verbandes aus der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Folge haben würde. Wegen dieser Erklärungen richtete das „Korrespondenzblatt“ das schärfste Verbot. Besonders schmerzhaft scheint es durch die drohende Erschütterung der „Arbeitsgemeinschaft“ berührt zu werden, denn eine „Berichtigung“ — von der unser Mitarbeiter sprach — fürchtet es nicht, da sich diese fleibliche Einrichtung mit Hilfe der Kirche und Christen „zur Not wohl aufrechterhalten ließe“. „Denn“ schreibt das Blatt, „die Arbeitsgemeinschaften sind bereits ein so unentbehrlicher Bestandteil der deutschen Uebergangswirtschaft, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues geworden, daß man sie an dem Wohlgerühen einer einzelnen Organisation, und sei es selbst die größte, nicht scheitern lassen kann. Sie hätten durch die Gleichgebung mit Zwangswirkung ins Leben gerufen werden müssen, wenn sie sich nicht aus der freien Entschliebung der Beteiligten heraus von selbst gebildet hätten. Und wenn ihnen von irgendwelcher Seite Schwierigkeiten bereitet werden, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Gleichgebung doch noch bahnbrechend und zwingend eingreifen und die Organisation sicherstellen muß, deren das deutsche Wirtschaftsleben so dringend bedarf.“

Gewiß ist die „Arbeitsgemeinschaft“ ein unentbehrliches Instrument der Uebergangswirtschaft zur Wiederbeseitigung des Kapitalismus geworden, gewiß fügt sie sich trefflich in den Rahmen jener auf den „Ausgleich der Interessen“ auf Kosten der Arbeiter gerichteten Sozialpolitik der Rechtssozialisten und ihrer Regierung, die selbst den staatlich organisierten Streikbruch zu ihren Mitteln zählt. Und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die allerhöchste Gewerkschaftsinstanz ihren ganzen großen Einfluß auf die Regierung ausüben würde, um den Unternehmern die „Arbeitsgemeinschaft“, dieses treffliche Mittel zur Bändigung der Gewerkschaften, mit Hilfe eines entsprechenden Gesetzes zu erhalten, wenn es mit der Freiwilligkeit nicht mehr geht. Aber wir können dem „Korrespondenzblatt“ auch schon im voraus sagen, daß der Widerwille der Arbeiterklasse gegen die „Arbeitsgemeinschaft“ durch solchen Zwang zur Klaffenharmonie erheblich gesteigert werden würde, womit das Funktionieren des Institutes sehr in Frage gestellt wäre. Vielleicht könnte den Gegnern der „Arbeitsgemeinschaft“ sein größeres Gefallen getan werden, als durch das angebotene Gesetz.

Das „Korrespondenzblatt“ aber fügt zur Drohung mit dem schwarzen Mann der Gleichgebung die Drohung mit der Spaltung der Metallarbeiterverbände. Es erklärt, niemand könne es dem Gewerkschaftsbund verdenken, wenn er für den Fall des Ausbleibens der Metallarbeiter aus der Arbeitsgemeinschaft, diejenigen Maßnahmen ergreift, die erforderlich sind, um dem Teil der deutschen Metallarbeiter, der wissens ist, in einer Arbeitsgemeinschaft, der Metallindustrie am Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft mitzuwirken, eine legitime Vertretung zu sichern.

Das heißt, der Gewerkschaftsbund würde sich nicht scheuen, eine Gegenorganisation gegen den ausschließenden Metallarbeiterverband zu gründen. Um den Unternehmern die „Arbeitsgemeinschaft“ zu erhalten, ist die oberste Gewerkschaftsinstanz also bereit, die Organisation der Arbeiter zu zerschlagen. Und so etwas wagt es, anderen Leuten die Absicht der Spaltung der Gewerkschaften zu unterstellen. Glaube das „Korrespondenzblatt“ durch solche Ankündigungen das Ansehen der Generalkommission bei den oppositionellen Gewerkschaftsmitgliedern zu erhöhen?

Das Streikbrecherblatt hatte vor einigen Tagen eine Mitteilung über den Kampf zwischen deutschen Soldaten und litauischen Gumnasien in Schaulen veröffentlicht. Selbstverständlich ist es wegen seiner unzulässigen Vermutung von den höchsten Stellen her abgelehnt worden. Es wagt auch nicht, sich dagegen zur Wehr zu setzen, sondern polemisiert nur gegen das Wolffsche Telegraphen-Bureau, von dem es sagt: „Im übrigen hätte es das Wolffsbureau höchstens aus Konkurrenzgrob

Es war harter, schwerer Schweißdienst. Früh mußten sie an die Arbeit, und spät wurden sie zurückgebracht. 25 Pfennig erhielten sie für Kopf und Tag und außerdem ein Pfennig, wie man es vor dem Kriege keinem Hunde schlechter gab.

Hausschläge, Fußtritte und Holzhiebe und auch „Nipeln“ mit dem Bajonette waren die Aufmunterungsmittel, um Schwache und Kräfte wieder auf die Beine zu bringen, wenn sie vor Ermattung umgefallen waren.

Wenn zwei schwächliche Leute keine der großen schweren Eisenbahnschienen nach vornwärts schleppen konnten, bomb man ihnen diese mit einem Draht am Halse fest und „Nipeln“ sie dann solange mit dem Bajonette, bis sie sich wieder weiter-schleppen, mit keuchendem Atem, Geißel vor dem Munde und verdrehten Augen!

Nachts wurden sie gleich Derringen in zerbrochenen Häusern und Fabriken untergebracht, denen oft das Dach fehlte. Tag und Nacht wurden sie schwer bewacht, von besonderen Mannschaften, die zu diesem Zweck- und Schwenkmächtdienst besonders ausgewählt waren.

Wer sich aus dieser „Unterkunft“ zu entfernen versuchte, wurde erschossen. Es gab kein Entkommen aus dieser Hölle. Nur der Tod war Befreiung!

Heimliches Artilleriefeuer, Fliegerangriffe, Explosionen räumten unter diesen Sklaven auf. Am meisten aber Enttäuschung und Hunger. Die Todesfälle, die die beiden letzteren Ursachen erzeugten, waren häufig. Der ärztliche Befund lautete allemal: „Nur allgemeine Herzschwäche“!

Den armen Hinterbliebenen wurde der Tod ihres Sohnes, Vaters oder Bruders nicht besonders mitgeteilt. Sie konnten monatlich eine kurze inhaltslose Karte und ein von der Zensur genehmigtes Paket an die Unglücklichen senden, und wenn eines Tages eine solche Karte oder ein solches Paket als unbestimmbar zurückkam, dann mußten sie, daß der Adressat „verstorben“ war!

Lange Wochen später wurde dann eines Tags die Mutter, der Vater, die Frau oder die Frau des Toten auf das Arbeitsamt der Flappenkommandantur vorgeladen, um das ärmliche Bündelchen in Empfang zu nehmen, das er hinterlassen hatte. Selten wurde ihnen dabei gesagt, wie der Mann gestorben, und wo er begraben worden war.

Reinade köpft spielten sich aus solchen Anlässen die hergerichtetsten Auftritte auf dem Arbeiter-Kont der Kommandantur Kont ab.

Menschenjagen.

Die große Zahl der Arbeitslosen und Unterstützungsbefürchteten reichte für den Moloch Militarismus nicht aus. Er fraß auch die Arbeiter, die beschäftigt waren und darunter Leute, die schon

Seite mit solchen Nachrichten versorgt würde.“

Diese wichtige Erkenntnis aber hindert das edle Blatt nicht, das Wolff-Dementi gegen die „Arbeit“ wegen der Irreführung über die deutsche Wehrstärke in vollem Vorlaut zu bringen, während selbst bürgerliche Blätter diesen schändlichen Anwurf in dem Papierloch befördert haben.

Der bewaffnete Kindergarten.

Die Zentralstelle für Einwohnerwehren schreibt uns folgende „Berichtigung“:

„Es ist nicht wahr, daß bei der am 28. September in der Philharmonie veranstalteten Versammlung des Deutschen nationalen Jugendbundes mit Gewehren und Handgranaten bewaffnete jugendliche Angehörige dieses Bundes Ausweise der Einwohnerwehr besaßen. (Freiheit Nr. 471 vom 29. 9. 1918).“

Wahr ist viel mehr, daß die von einigen jungen Leuten unberechtigt entnommenen Gewehre abgenommen und zum Teil von Angehörigen der Einwohnerwehr in Sicherheit gebracht wurden.“

Hierzu bemerken wir: Die „Berichtigung“ ist eine freche Irreführung der Leserschaft. Die Deutschnationale Jugend zog tatsächlich mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet nach der Philharmonie und sperrte dort stundenlang die Straßen ab. Angehörige der Einwohnerwehr: lehnten die Entwaffnung der 14- bis 15-jährigen Burken ab, da diese sich durch Ausweise der Einwohnerwehr, die mit Bild, Stempel und Unterschrift (Leutnant Wolf) versehen waren, legitimierten. Der Vorgang ist uns von Passanten telephonisch mitgeteilt worden. Ein Mitglied unserer Redaktion hat sich dann an Ort und Stelle von der Richtigkeit der uns zugegangenen Meldungen überzeugt. Der Vorgang stellt auch keineswegs eine Ausnahme dar, sondern es finden dazwischen Liebes- und Aufzüge der deutschnationalen Jugend in der Umgebung von Berlin andauernd statt. Offiziere der Reichswehr machen dabei den Anführer. Die Zentralstelle für Einwohnerwehren scheint mit der Bewaffnung deutschnationaler Kinder einverstanden zu sein. Denn sonst könnte sie es nicht wagen, mit dreifacher Stirn einen Vorgang in Abrede zu stellen, der von Tausenden von Zeugen beobachtet worden ist.

Die „Berichtigung“ der Zentrale für Einwohnerwehren ist also völlig wertlos. Sie ist lediglich ein Beweis dafür, daß von gewissen Stellen der Paragraph 11 des Reichsgesetzes dazu benutzt wird, Zeitungen die Aufnahme von objektiven Unwahrheiten abzusprengen.

Sich selbst gerichtet.

Durch die gesamte rechtssozialistische Presse ging in den letzten Tagen die von der Breslauer „Volkswacht“ erfindene und von Herrn Heilmann weiterverbreitete Behauptung, Genosse Siegler in Breslau habe die Bergarbeiter des Waldenburger Reviers (Schlesien) aufgefordert, keine Ueberflachten, deren Vertrag für die Breslauer Arbeiter bestimmt war, mehr zu verfahren. In Wahrheit hat Genosse Siegler gesagt:

„Ich finde es menschenlich begreiflich und sehr schön, daß die Arbeiter Solidarität üben, um die Arbeiter Breslaus vor der Kohlennot zu schützen. Ich habe bisher noch keine Veröffentlichung in den Zeitungen gesehen, wo und wann die Kohlen verteilt werden. Es ist möglich, daß erst größere Mengen angefordert werden sollen, damit dieselben insgesamt abgegeben werden, und darum fordere ich die Arbeiter auf, zu kontrollieren, daß die Kohlen auch die Arbeiter bekommen und nicht die Reichen, die bisher die nötigen Kohlen immer im Keller gehabt haben.“

Siegler hat, um den Artikelschreiber der „Volkswacht“ zu zwingen, den Wahrheitsbeweis anzutreten, diesen öffentlich als einen infamen Lügner bezeichnet. Der hat sich aber unter nichtigem Vorwand um die Klageerhebung gedrückt und sich somit selbst das Urteil gesprochen. Dieses Urteil trifft aber auch Herrn Heilmann, der die Lüge weiterverbreitet hat.

Henderson geht nicht zur Washingtoner Arbeiterkonferenz, da die industrielle und politische Lage in England seine Anwesenheit erfordert.

20 und 26 Jahre in ihren Betrieben tätig und dort sehr notwendig waren.

Sie wurden alle nacheinander in die Sklaverei weggeschleppt. Das „dienstpflichtige Alter“ war bereits bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahr hinaufgeschraubt worden.

Aber weil es bald keine Proletarier mehr gab, kam nun auch die bestehende Bürgerwehr auf die Reihe: Kaufleute, Fabrikanten, Bankdirektoren, Kräfte, Richter usw.

Die Zivil-Arbeiter-Regimenter waren für gewisse preussische Offiziere das geeignete Mittel, um beispiellose Wägen, die ihnen nicht angenehm waren, ohne besonders Aufsehen unschädlich zu machen. Es war keine große Seltenheit, daß ein Offizier den Geliebten oder Gatten einer schönen Wäginer, auf die er sein Auge geworfen hatte, in die Sklaverei verschleppen ließ, um seine lästernen Wünsche leichter erzwingen zu können. Bei Nacht und Nebel wurden solche Unglückseligen aus dem Bett geholt und dahin verbracht, wo sie langsam aber sicher gang elend „verredet“ konnten.

Als der preussische Militarismus im Frühjahr 1918 zu seiner letzten großen Offensive ansetzte und neues ungeheures Menschenmaterial verschlang, erreichte die Deportierung der belgischen Bürger ihren Höhepunkt.

Es kam die schlimmste Art für die männlichen Weiber, die im Alter zwischen 15 und 60 Jahren standen. Sie waren vor den Schergen des „Mörder“ nicht mehr sicher, der jetzt richtige Menschenjagen abwickelte.

Starke Land- und bis an die Köpfe bewaffneten Militärpolizisten drangen auf keinen Befehl am helllichten Tage in die Kaffee-, Bier- und Lichtspielhäuser und den Hof der Stadt ein und schleppten die darin weilenden Bürger im Alter von 15 bis zu 60 Jahren weg. Es wurde keine Rücksicht geübt. Mit brutaler Gewalt wurde der Vater von den Kindern, der Gatte von der Frau, der Verlobte von der Braut weggerissen und mit Soldaten nach den „Kandria-Kubanden“ beim St. Petersbahnhof verbracht, um von dort nach den Zivil-Arbeiter-Regimenten abtransportiert zu werden.

Auf den Straßen sah man allüberall dasselbe schreckliche Bild. Wo sich ein Mann in dem betreffenden Alter bilden ließ, wurde er höhnisch vom Kame seiner Wäginer gerissen!

Dahin zeigte sich kein männlicher Weiber mehr auf der Straße. Es war umsonst. Nachts fuhren Militärpolizisten vor den Häusern vor, überfielen die Unglücklichen in den Betten und schleppten sie weg.

In die Dörfer wurden Lastkraftwagen entsandt, die morgens vollgepropt mit neuen Sklaven zurückkamen. Sie waren alle aus den Betten gerissen worden!

Gewerkschaftliches.

Beamte mit doppeltem Einkommen.

Die Totalisatorverwaltungen des Union-Clubs und des Mariendorfer Rennvereins beschäftigen an den Wägin- und Wäginhaltern der verschiedenen Rennbahnen mehrere Hundert Beamte tageweise. Diese Beamten bekommen für den Tag 65 bis 68 M. Es sind dies nicht etwa Leute, die auf diesen Nebenverdienst angewiesen sind, sondern Beamte von allen möglichen staatlichen und städtischen Behörden. Diese verlassen mit stillschweigender Erlaubnis ihrer Vorgesetzten oder auch heimlich ihren Dienst an allen Rennwochentagen. So befinden sich z. B. in den verschiedenen Abteilungen des Reichswehrministeriums allein ca. 80 bis 70 solcher Beamten. Im Nachrichtenbureau ungefähr 25. Man kann es tatsächlich nicht verstehen, wie von den Herren Ressortchefs im Kriegsministerium derartige Zustände geduldet werden können. Diese Herren Beamten in sicheren Stellungen, die aus der Staatskasse speist werden, entblößen sich nicht, heillosen Kaufleuten, die teilweise Familienväter sind und bittere Not leiden, das Brot wegzunehmen.

Trotzdem Herr Roske, der fleißige Besucher der Rennbahnen bereits Anfang dieses Monats dringend um Abhilfe dieser Zustände gebeten wurde, hielt er es nicht für nötig, auch hier einmal seine Energie zu zeigen.

Singu kommt noch, daß die wenigsten Beamten ihre Einkünfte aus dem Toto bei der Steuer angemeldet haben. Seit mehr als zehn Jahren hinterziehen diese Herren Steuern. Von den Beamtenstellvertretern des Kriegsministeriums waren viele während der Kriegszeit, trotzdem sie l. v. waren, im Gegensatz zu anderen gewöhnlichen Steuerleuten, höchst unobfänglich; für die Rennstage waren sie aber immer abkömmlich.

Gewerbliche Angestellte aller Kriegoorganisationen!

laut § 10 des Kollektivvertrages vom 30. September 1918 erhält jeder Angestellte, der am 10. Dezember bei einer Kriegoorganisation tätig ist, eine Weihnachtsgroßzahlung in Höhe seines letzten Monatsgehalts bei einer Dienstdauer von mindestens 12 Monaten. Für diejenigen Angestellten, die weniger als 12 Monate tätig sind, wird die Vergütung nach der Dauer ihrer Tätigkeit berechnet. Angestellte, die in der Zeit vom 1. Juli bis zum 10. Dezember infolge Abbaues der Kriegoorganisationen oder im Durchführung der Anordnungen des Demobilisationsauschusses Groß-Berlin ausgeschieden sind oder noch ausscheiden, erhalten die anteilige Weihnachtsgroßzahlung. Bei Angestellten, die bei Inkrafttreten des Vertrages mindestens drei Monate bei einer Kriegoorganisation tätig sind, erhöht sich die Weihnachtsgroßzahlung für das Jahr 1919 mit Rücksicht auf die gegenwärtigen außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse um 500 M. für Verheiratete, um 300 M. für Unverheiratete und um 100 M. für jedes zu berücksichtigende Kind. Von den nach Abs. 1, 3 und 4 zustehenden Beträgen ist ein Betrag bis zur Hälfte alsbald nach Inkrafttreten des Vertrages auszuzahlen. Außerdem erhöht sich bei den monatlichen Teuerungszulagen die sog. Kinderzulage um monatlich 15 M. auf 25 M. Nach Verhandlungen zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Reichsfinanzministerium wurde ersterem folgendes Schreiben zugesandt:

Berlin, den 11. Oktober 1918.

Der Reichsfinanzminister
I 80511 Kh.

„Unter Bezugnahme auf meine Schreiben vom 7. März d. J. — I. Kh. 8094 — und vom 18. August d. J. — A. I. Kh. 80698 — erkläre ich mich erg. damit einverstanden, daß den gewerblichen Angestellten der Kriegoorganisationen in gleichem Umfang und unter denselben Voraussetzungen wie den kaufm. Angestellten in § 10 des unter dem 30. September d. J. vereinbarten Lohnvertrages eine Weihnachtsgroßzahlung gewährt wird. Denjenigen gewerblichen Angestellten, die nicht voll beschäftigt werden, z. B. stundenweise beschäftigten Reine-maßfrauen, ist insbesondere bei Bemessung der Sonderzulage für 1919 ein der regelmäßigen Beschäftigungsdauer entsprechender Teilbetrag zu gewähren.“

Auf Grund dieser Verfügung erhalten die gewerblichen Angestellten die gleichen Sätze wie die kaufmännischen Angestellten. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

Flugzeugmeister Uderhof. Sämtliche entlassenen Kollegen und Kolleginnen treffen sich bis auf weiteres zwecks Information in ihren Bezirkslokalen jeden Donnerstag, abends 6 Uhr. Für Gesandbrunnen, Wedding und Moabit legt das Lokal Gesundbrunnen, Wäginerstraße 22.

Weibliche Sklaven.

Im Sommer 1918 wurde damit begonnen, die Wäginer Mädchen und Frauen auf die gleiche Weise zu „requirieren“. Mit den Proletarierinnen wurde wieder der Anfang gemacht. Es wurde keine Rücksicht genommen, daß die armen Frauen meistens Mutter von vielen Kindern waren. Sie mußten ihre Wohnung verlassen, für die Deutschen arbeiten und ihre Kinder der Obhut der Gemeinde anvertrauen.

Die Revolution kam noch zur rechten Zeit, sonst hätte der preussische Militarismus auch noch weibliche Sklavenbataillone in Marsch gesetzt.

D. B.

Theater.

Rudolf Schildkraut, der unvollständige Menschenbarbeiter, zeigt jetzt seine aus dem Hohen schöpferische Charakterkunst in einem jüdischen Familienstück aus der Wiener Leopoldstadt. Es heißt „Dr. Stieglitz“ (von Friedemann und Herz) und wird ihm zu Ehren im Theater in der Friedrichstadt gegeben, das damit vom pilanten Smalzerfischfang sich zu volkstümlicher Kost gewandt hat. Rudolf Schildkraut zeigt nach langem Wandersleben auch an dieser kleinen Bühne den Berliner wieder sein in Jargon und Liebe überquellendes Vaterherz mit König Lear- und Schuster Weigels „Mein Leopold“-Anklagen, ergreifend echt in jedem Auge familiären Gebahrens, die Mitwäginer und die Zuschauer tröstet seiner Vollnatur mit sich reichend.

Im Theater in der Königsgraben Straße spielen in der Erstaufführung von Frank Wedekinds Schauspiel „Eloah Wetterstein“ am Donnerstag die Hauptrollen Morla Orkla und Ludwig Darian. Die Uraufführung fand dieser Tage in den Hamburger Kammertheatern unter heiligem Für und Wider statt.

Aus dem Theater „Die Tribüne“ ist der bisherige künstlerische Leiter und Oberregisseur Karlheing Martin ausgeschieden. Er geht an die vereinigten Bühnen Kleines Theater und Kleines Schauspielhaus. Mit ihm verläßt auch Rudolf Lessard seinen Posten als Dramaturg der „Tribüne“, deren Selbstregierung fortgeschrieben.

Ebert in Del.

Der Reichspräsident Ebert hat einem „Kunstmalers“ Sektionen zu einem Porträt genehrt, welches ihn am Schreibtisch sitzend als lebensgroßes Amiebild darstellt. Das Gemälde ist ausgeführt, wobei diensteilig die bürgerliche Presse. Es hat sich verflucht wenig geändert, seit Wilhelm davongelaufen ist: Die hündelnden Hoffschmuck sind uns geblieben und Ebert wie sein Freund Roske marieren vortrefflich monarchischen Erfaß, ob ihn der Photograph in Bodehosen knipst oder der „Kunstmalers“ als lebensgroßes Amiebild ist.

